

Pressemitteilung

Tag der Geschlossenen Tür am 17.11.2023 –

Stellungnahme des Bündnis 30 zur Jugendarbeit in Bremen

Im Rahmen des bundesweiten Aktionstags #TagderOKJA der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit vom 16.-18. November 2023 ruft das Bündnis 30 am 17.11.2023 zu einem stadtweiten und dezentralen Aktions- und Protesttag unter dem Motto

Tag der Geschlossenen Tür

auf. #TagderOKJA #TagderGeschlossenenTür #OKJABremen

Situation in Bremen

In der Jugendarbeit in Bremen ist die Situation bei den freien Trägern seit den 2000er Jahren und der Überführung der Jugendfreizeiteinrichtungen von kommunaler in freie Trägerschaft prekär. Personalmangel, unzureichende Öffnungszeiten, fehlendes Ferienprogramm und Wochenendangebot sowie Angebotsreduzierungen aufgrund von kalten Kürzungen kennzeichnen die Jugendarbeit in allen Stadtteilen Bremens. Allgemeine Preissteigerungen und Tarifsteigerungen verschärfen die Probleme massiv, da sie nicht systematisch als Bedarf in dem zur Verfügung stehenden Budget hinterlegt sind. So ist ein Arbeitsfeld entstanden, in dem die Arbeit hochgradig prekär geworden ist: Teilzeitjobs, befristete Verträge, Fachkräftemangel statt tariflicher Bezahlung und bedarfsgerechter Angebotsentwicklung.

Wachsender Bedarf

Demgegenüber steht ein stetig wachsender Bedarf. Allein in der Zeit von 2020 bis 2022 ist die Zahl der Jugendeinwohner in Bremen um 22% gestiegen. Und die Prognose zeigt einen noch weiter steigenden Bedarf an. In der Gruppe der 6-21 jährigen geht man im Vergleich zu 2022 von einem deutlichen Zuwachs von 7.300 auf insgesamt 87.137 Jugendlichen bzw. 9,1% bis 2031 aus. Der erhöhte Bedarf bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen drückt sich in einem allgemein gestiegenen Jugendhilfeeinsatz aus. Klimawandel, Corona, Krieg in der Ukraine – Jugendliche wachsen aktuell in einer von Krisen geprägten Welt auf. Sozialpsychologische Krisen, Depression und Gewaltzunahme sind die Folgeerscheinungen. Auch hierdurch ergeben sich zusätzliche fachliche Bedarfe in der Offenen Jugendarbeit.

Bremen investiert mit 2,3% des Jugendhilfeeinsatzs jedoch vergleichsweise wenig in die Offene Jugendarbeit und ist damit im Ländervergleich Schlusslicht. Etatserhöhungen wurden in den vergangenen Jahren vor allem zeitlich befristet und für zusätzliche Aufgaben vergeben und haben die beschriebenen Probleme nicht gelöst. Der Druck auf die Stadtteile und die dort lebenden Jugendlichen und ihrer Familien hat so immens zugenommen. Nach Jahren der kalten Kürzungen drohen in der Jugendarbeit bei gleichbleibendem Budget erneut Angebotskürzungen und Einrichtungsschließungen – und das bereits zum Ende dieses Jahres. Kinder und Jugendliche fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.

Die bestehenden Probleme stehen im grundlegenden Widerspruch zu der Idee, Partizipation zu fördern und Demokratie zu stärken. Die beschriebene Situation empfinden wir daher als unverantwortlich und nicht hinnehmbar. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Unterstützung in ihrer Entwicklung durch Jugendarbeit. Diese auskömmlich zu finanzieren ist staatliche Pflichtaufgabe.

Durch den Tag der geschlossenen Tür möchten wir auf die Probleme aufmerksam machen und fordern die Regierungskoalition aus SPD, Grüne und Linke auf, endlich eine nachhaltige und soziale Politik für Kinder und Jugendliche in Bremen zu machen. Nur wenn die Mittel der Offenen Jugendarbeit deutlich steigen, ist eine Sicherung des Status Quo und die dringend notwendige fachliche Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, möglich.

Dringend notwendige Maßnahmen zur kurzfristigen Verbesserung der Situation in 2024

- **Ausgleich für gestiegene Kosten durch Inflation und Tarifsteigerungen**
- **Keine Umverteilung der Mittel zwischen den Stadtteilen, sondern Budgeterhöhung**
- **Keine Einrichtungsschließungen und Angebotsreduzierungen**

Perspektivisch notwendige Maßnahmen ab dem Haushaltsjahr 2024

- **Verdoppelung des Etats für die Offene Jugendarbeit und Jugendbildung innerhalb der nächsten vier Jahre, d.h. 25% mehr pro Jahr**
- **Bereitstellung eines angemessenen Anteils vom Jugendhilfeeat für die Jugendarbeit in Höhe des fachlich empfohlenen Richtwertes von 10-20%.**
- **Auskömmliche Finanzierung der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit**
- **Erweiterung der Öffnungszeiten insbesondere an Wochenende und in den Ferien**
- **Verbesserung des Personalschlüssels in den Einrichtungen der OJA und in der Jugendverbandsarbeit**
- **Herstellen von Planungssicherheit über langfristige Verträge von mindestens 5 Jahren für die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit**
- **Einheitliche Mindeststandards beim Betrieb von Einrichtungen der OJA**
- **Höhere Eingruppierung und angemessene Bezahlung der Fachkräfte**
- **Reduzierung des Verwaltungsaufwands**
- **Unabhängige und objektive Bedarfsermittlung für den Fachbereich Jugendarbeit**
- **Planungsprozesse unter Beteiligung der Zielgruppen und ihrer Personensorgeberechtigten**
- **Unabhängiger Jugendbericht über den Gesamtbereich Jugendhilfe gemäß der gesetzlichen Vorgaben des Bremischen Ausführungsgesetzes zum KJHG**
- **Keine Umverteilung zu Lasten anderer Stadtteile oder anderer gesellschaftlich benachteiligter Gruppen**

wegen Kürzung
GESCHLOSSEN



Kontakt:
Sabine Toben-Bergmann
0172-1833159
Henrik Sorgalla
0421-490357